

Gesetzentwurf für neue Festbeträge: 650 Millionen DM sparen 2

IGZ-Mitglieder-versammlung zur GKV-Reform: Zahnersatz nicht aus der GKV ausgliedern 3

16. Karlsruher Konferenz und Karlsruher Vortrag 2001 (1): „Dem sachlichen und fachlichen Zahnarzt gehört die Zukunft“ 6

Zahnmedizin

Konsensus-Konferenz der FDI: Fluoride noch wichtiger als Ernährung 9

Diplom „Ganzheitliche Kieferorthopädie“: Fortbildung in der ganzheitlichen Zahnmedizin 10

Klinische Studie zur GTR bei WSR: Kombination zeigt sehr gute Ergebnisse 12

Praxis aktuell

Umsatzsteuer auf Gutachten: Für die meisten falscher Alarm 11

Wartezimmer-Lektüre: Patienten wollen aktuell informiert sein 11

Der ältere Patient (4): Altersveränderungen in der Mundhöhle 15

Internetseiten 12/13

Zahnärzten Punktwert-anhebung verweigern

Sowohl Gesundheitsminister aus SPD- als auch aus CDU-Regierungen der fünf neuen Bundesländer haben in einem gemeinsamen Schreiben an Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt für die Jahre 2001 und 2002 eine fünfprozentige Anhebung der Gesamtvergütung in den neuen Ländern für Vertragsärzte mit der ausdrücklichen Ausnahme der Vertragszahnärzte gefordert.

Gegen die Gesundheitsminister-Verweigerung, auch Zahnärzten diese Anhebung zu gewähren, haben Bundeszahnärztekammer (BZÄK) und Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) „mit scharfer Kritik“, so eine gemeinsame Presseerklärung, reagiert, aber ohne irgendwelche Aktionen oder Maßnahmen gegen diesen diskriminierenden Verstoß zu nennen.

„Der Vorstoß der Minister ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, die Ausgrenzung der Zahnärzte ist aber weder gerechtfertigt noch

nachvollziehbar, so der stellvertretende Vorsitzende der KZBV, Dr. Peter Kuttruff. Für Ärzte und Zahnärzte sei zehn Jahre nach der Einheit ein gesetzlich vorgegebener Stufenplan der Vergütungsanpassung Ost an West überfällig. „Wir fordern die Politik auf, endlich gleichartige gesetzliche Rahmenbedingungen für Ost und West zu schaffen, sagte Dr. Kuttruff.

Der Präsident der BZÄK, Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, forderte, dass zur Sicherung einer qualitätsorientierten

(Fortsetzung auf Seite 4)

BSE-Diskussion greift auf die Praxen über:

Zahnarzt muss bei Einsatz von bovinem Knochenersatz aufklären

Das Problem der möglichen Krankheitsübertragung vom Gewebsspendeempfänger beim Einsatz von menschlichen Knochen ist seit langem bekannt. Gefahren können aber auch beim Einsatz bovinen Knochenersatzmaterials lauern.

Die BSE-Problematik wirkt sich damit nicht zuletzt auf die Patientenaufklärung aus, heißt es in einer Empfehlung der Zahnärztekammer Karlsruhe: Da bereits verschiedene Fachgesellschaften in der Vergangenheit auf das bestehende Restrisiko immunologischer Reaktionen und eventueller Infektionen hingewiesen haben, darunter im Juni 1998 die Deutsche Gesellschaft für Parodontologie und die Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten, in einer gemeinsamen Stellungnahme, bedeutet dies für die Risikoaufklärung, dass der Zahnarzt den Patienten vor dem Einsatz bovinen Knochenersatzmaterials über die damit möglicherweise verbundenen Risiken aufklären muss.

Hierbei ist der Zahnarzt zusätzlich verpflichtet, den Patienten über ernsthaft in Betracht kommen-

(Fortsetzung auf Seite 4)

wertige Versorgung Festzuschuss von de

Mit seinem neuen Programm zur „Zahnmedizinischen Gesundheitsversorgung“ (ZGv) ist der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Bayern (KZVB), Dr. Rolf-Jürgen Löffler, bei seinem gemeinsamen Antrittsbesuch mit dem 2. Vorsitzenden, Dr. Manfred Kinner, und dem Präsidenten der Zahnärztekammer Bayerns, ZA Michael Schwarz, bei der neuen bayerischen Sozialministerin Christa Stewens, „hervorragend angekommen“.

Die Löffler-Vorschläge für eine Neuordnung im Gesundheitswesen beruhen auf einem Festzuschuss, der „befundorientiert eine vollwertige Versorgung zu 100 Prozent gewährleistet“, darüber hinaus gehende Leistungen können, ohne den Festzuschuss zu verlieren, privat vereinbart werden. Daneben forderten die bayerischen zahnärztlichen Vertreter von der neuen Ministerin, dass sie sich vehement für eine Abschaffung der Budgets, die Überwindung der Degression in der Zahnheilkunde und die Öffnung der Niederlassungssperren einsetzen solle.

Dr. Löfflers Reformkonzept für eine „Zahnmedizinische Gesundheitsversorgung“ (ZGv) basiert auf den gesetzlichen Forderungen

gen „weg von der restaurativen hin zur präventiven Zahnmedizin“ sowie auf den CDU/CSU-Wünschen, dass die Eigenverantwortung gestärkt werden solle, gleichzeitig aber die zahnmedizinische Qualität bei Kostenstabilität erhalten bleiben müsse.

Die Reform sozial verträglich gestalten

Zurückgreifend auf verschiedene Grundlagen zahnärztlicher Programme der „Festzuschüsse“ will Dr. Löffler mit seinen Vorschlägen eines Festzuschusses für eine vollwertige ZE-Versorgung, der zu 100 Prozent finanziell von der Kasse getragen wird und als Sachleistung nicht abdingbar zu erbringen ist, die zahn-

Lesen Sie in der neuen Ausgabe des

• Zur Sache:
Die IDS – Wegweiser
für die Zahnheilkunde

• Als Zahnarzt
auf der IDS 2001

• Moderne Werkstoffe
und Materialien für
Zahnarztpraxis und Dentallabor

• Hydrokinetische Laserenergie
in der modernen Zahnheilkunde

• Neues rund um die Praxis – von der
Einrichtung über die Software bis zur
Materialbestellung



www.
zwanzig-
fuer-ih
meinun

Große Marktforschung!
Bitte unterstützen Sie u
mit Ihrer Teilnahme!

Die Originale:

citoMant® XXL
= Retard
OSTEOINDUCTAL®
Soft.Ject®
Soft.Retract®

Gmds www.gmds-dental.de

Medical & Dental Service GmbH
56203 Höhr-Grenzhausen
Telefon: 0 26 2 2 2 2 2
Fax: 0 26 2 2 2 2 2

25. A
46 29 X
ZB MED